

Der Einzelrichter im Verfahren vor den Land- und Oberlandesgerichten

Rechtsgrundlagen, Praxisbeispiele und Mustertexte

von

Dr. Nikolaus Stackmann

Vorsitzender Richter am Landgericht München I

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/3 503 09732 5](http://ESV.info/3_503_09732_5)

ISBN-13: 978 3 503 09732 6
ISBN-10: 3 503 09732 5

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2006
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin
Druck: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort

Aller Anfang ist schwer, heißt es sprichwörtlich. Das gilt auch für den Einstieg oder Wiedereinstieg in ein Zivilrichterreferat am Land- oder Oberlandesgericht. Die Einführung des obligatorischen Einzelrichters in erstinstanzlichen und Beschwerdeverfahren hat an den Kollegialgerichten gravierende Veränderungen in der richterlichen Tätigkeit mit sich gebracht. Es gibt Landgerichtskammern, die aufgrund einer Besetzung mit erfahrenen Zivilrichtern und einer Zuständigkeit in allgemeinen Zivilsachen kaum Verfahren vor dem gesamten Spruchkörper führen. Damit gewinnt die nicht teamorientierte Einzelrichtertätigkeit an Bedeutung. Dies kann für neu hinzukommende Kollegen insofern nachteilig sein, als sie nicht mehr die Chance haben, durch die regelmäßige Teilnahme an Kammer-sitzungen und -beratungen vom Erfahrungsschatz der anderen Kammermitglieder zu profitieren, wie das zu Zeiten der fakultativen Einzelrichterübertragung der Fall war. Damals wurde im frühen ersten Terminen vor der Kammer oder je nach Stand des schriftlichen Vorverfahrens entschieden, ob sich die Sache zur Übertragung auf den Einzelrichter eignet. Auch die Beschwerdeverfahren vor den Oberlandesgerichten werden bei Anwendbarkeit der ZPO meist durch den Einzelrichter entschieden. Dies gilt im Bereich des FGG nicht, das nur den fakultativen Einzelrichter nach § 30 Abs. 1 S. 3 FGG i.V.m. § 526 ZPO kennt. Hier kann es wegen der Querverweise zwischen ZPO und FGG leicht zu Irrtümern kommen.

Für den Rechtsanwalt ist die Einzelrichterzuständigkeit, die jetzt auch in größeren Verfahren gilt, oft irritierend. Hatte er es früher regelmäßig mit Spruchkörpern zu tun, die auch nach Auswechslung eines Mitglieds einschätzbar blieben, hat er es nun häufig mit allein zuständigen Referatsinhabern zu tun, bei deren Wechsel er unter Umständen vor einer für ihn kaum überblickbaren neuen Situation steht. Deshalb muss auch der anwaltliche Verfahrensbevollmächtigte genaue Kenntnisse der Möglichkeiten und rechtlichen Grenzen der Referatsführung haben. Dann kann er die Verfahrensleitung im günstigeren Fall mit seinem Erfahrungswissen und seinen Rechtskenntnissen in seinem Sinne unterstützen. Er wird aber auch darüber orientiert sein müssen, welche Rechtsmittel einer willkürlichen Verfahrens-führung im Wege stehen.

Entsprechendes gilt für die Richter- und Anwaltsstation der Rechtsreferendare. Deshalb verstehen sich die nachfolgenden Ausführungen als eine Art Kompass für das Verfahren der Einzelrichter an Land- und Oberlandesgericht. Sie sollen eine erste Orientierung in typischen Verfahrenssituationen von Beginn bis Abschluss des Erkenntnisverfahrens und aller Nebenentscheidungen ermöglichen.

Nach dem heutigen Stand des Gesetzgebungsverfahrens ist für das Jahr 2008 mit einer umfassenden Reform der Verfahrensordnung in der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu rechnen, für die Anwendung der ZPO in WEG-Verfahren

liegt bereits ein Gesetzentwurf vor. Deshalb sind zum FGG-Beschwerdeverfahren erste Hinweise zum geplanten Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) nach dem derzeitigen Stand des Referentenentwurfs aufgenommen. Hinweise auf die Änderung des WEG sind nach dem Entwurf der Bundesregierung zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes und anderer Gesetze zitiert.

Idee und Themenauswahl für dieses Buch habe ich unzähligen Gesprächen mit Kollegen zu verdanken. Besonders erwähnen möchte ich die Referenten und Teilnehmer bei Veranstaltungen des Arbeitskreises Proberichter am Landgericht München I, die mir immer wieder neue Denkanstöße und Einsichten vermittelt haben. Bei der Abfassung und Gestaltung des Manuskripts hat mir mein Vater Karl Stackmann geholfen. Dafür bedanke ich mich herzlich.

München, im Juli 2006

Nikolaus Stackmann

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	21
1. Der Einzelrichter in der ersten Instanz	27
1.1 Der Verfahrensgang bis zur Richtervorlage	27
1.2 Einzelrichterzuständigkeit	29
1.3 Erkenntnisverfahren	41
1.4 Vollstreckungsverfahren	227
1.5 Eilverfahren	238
1.6 Beweissicherungsverfahren	261
1.7 Ablehnungsverfahren	277
1.8 Beschwerde und Erinnerung	289
1.9 Gehörsrüge	303
1.10 Referatswechsel	316
2. Der Einzelrichter in der zweiten Instanz	323
2.1 Verfahrensgang bis zur Richtervorlage	323
2.2 Einzelrichterzuständigkeit	324
2.3 Berufungsverfahren	331
2.4 ZPO-Beschwerdeverfahren	369
2.5 Nebenverfahren in ZPO-Sachen	387
2.6 FGG-Beschwerden (Tatsacheninstanz)	389
2.7 Nebenverfahren in FGG-Sachen	450
 Anhänge	
Anhang 1: Gerichtsgebräuchliche Abkürzungen	455
Anhang 2: Muster Sitzungsunterlage 1. Instanz	458
Literaturverzeichnis	463
Stichwortverzeichnis	465

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rdn.
Vorwort	5	
Inhaltsübersicht	7	
Abkürzungsverzeichnis	21	
1. Der Einzelrichter in der ersten Instanz	27	1–415
1.1 Der Verfahrensgang bis zur Richtervorlage	27	1– 4
1.2 Einzelrichterzuständigkeit	29	5– 20
1.2.1 Richter auf Lebenszeit	31	7– 16
1.2.1.1 Allgemeine Zivilsachen	31	7– 12
1.2.1.1.1 Kammerübertragung bei besonderen Schwierigkeiten	31	8
1.2.1.1.2 Kammerübertragung bei Grundsatzbedeutung ...	33	10
1.2.1.1.3 Kammerübertragung auf übereinstimmenden Antrag	34	12
1.2.1.2 Spezialsachen	34	13– 16
1.2.1.2.1 Entscheidung von Zweifelsfällen	35	14
1.2.1.2.2 Einzelrichterübertragung	35	15
1.2.1.2.3 Rückübertragung auf die Kammer	36	16
1.2.2 Proberichter	37	17– 19
1.2.2.1 Allgemeine Zivilsachen	37	18
1.2.2.2 Spezialsachen	38	19
1.2.3 Rechtsmittel	39	20
1.3 Erkenntnisverfahren	41	22–272
1.3.1 Prüfung der Zuständigkeit	41	23– 50
1.3.1.1 Örtliche Zuständigkeit	41	24– 28
1.3.1.1.1 Bindungswirkung von Verweisungsbeschlüssen ..	43	27
1.3.1.1.2 OLG-Vorlage nach § 36 Abs. 1 Nr. 6 ZPO	45	28
1.3.1.1.2 Sachliche und Rechtswegzuständigkeit	45	29– 39
1.3.1.1.2.1 Trennung zwischen Amts- und Landgericht	45	30– 33
1.3.1.1.2.1.1 Zuständigkeit des Amtsgerichts unabhängig vom Streitwert	45	30
1.3.1.1.2.1.2 Streitwertabhängige Zuständigkeit des Amtsgerichts	46	31
1.3.1.1.2.1.3 Verweisungsverfahren	47	32– 33
1.3.1.1.2.2 Rechtswegzuständigkeit	48	34– 39
1.3.1.1.2.2.1 Verhältnis zu den Verwaltungsgerichten	49	35
1.3.1.1.2.2.2 Verhältnis zu den Arbeitsgerichten	49	36
1.3.1.1.2.2.3 Verhältnis zu den Finanzgerichten	49	37

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rdn.
1.3.1.2.2.4	Verhältnis zu den Gerichten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.	50 38
1.3.1.2.2.5	Verweisung an einen anderen Rechtsweg	51 39
1.3.1.3	Funktionelle Zuständigkeit.	52 40– 44
1.3.1.3.1	Verweisung von Zivil- an Handelskammer.	53 41– 42
1.3.1.3.2	Verweisung von Handels- an Zivilkammer.	54 43
1.3.1.3.3	Zuständigkeitsstreit	54 44– 45
1.3.1.4	Innerhalb des Gerichts (Geschäftsverteilungsplan).	56 46– 48
1.3.1.4.1	Gerichtsinternes Abgabeverfahren.	57 47
1.3.1.4.2	Präsidiumsentscheidung	58 48
1.3.1.5	Rechtsmittel	59 50– 51
1.3.2	Bestimmung des vorläufigen Streitwerts	60 52– 56
1.3.2.1	Maßgeblicher Zeitpunkt	61 53
1.3.2.2	Grundsätze des Wertansatzes	61 54
1.3.2.3	Rechtsmittel	62 55– 56
1.3.3	Prozesskostenhilfe	63 57– 76
1.3.3.1	Juristische Personen und Parteien kraft Amtes.	64 58– 59
1.3.3.2	Natürliche Personen	65 60– 76
1.3.3.2.1	Mitteilung des PKH-Antrags	65 61– 62
1.3.3.2.1.1	Keine förmliche Zustellung eines Klageentwurfs	65 61
1.3.3.2.1.2	Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	66 62
1.3.3.2.2	Prüfen der Erfolgsaussicht	67 63– 65
1.3.3.2.2.1	Kläger	67 63– 64
1.3.3.2.2.2	Beklagter	69 65
1.3.3.2.3	Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse.	69 66– 68
1.3.3.2.3.1	Auszuscheidende Fälle	69 66
1.3.3.2.3.2	Einzusetzendes Einkommen.	70 67
1.3.3.2.3.3	Einzusetzendes Vermögen	72 68
1.3.3.2.4	Die Entscheidung über die Gewährung von Prozesskostenhilfe	72 69– 74
1.3.3.2.4.1	Zusprechender Beschluss	72 70– 72
1.3.3.2.4.2	Ablehnung des PKH-Antrags.	74 73
1.3.3.2.4.3	Die Wiederholung des PKH-Antrags	75 74
1.3.3.2.5	Rechtsmittel	75 75
1.3.3.2.6	PKH und Vergleichsschluss	76 76– 77
1.3.4	Aussetzung der Vollziehung.	78 78– 83
1.3.4.1	Eingang des Antrags	78 78
1.3.4.2	Entscheidungskriterien	78 79– 81
1.3.4.2.1	Interessenabwägung.	79 80
1.3.4.2.2	Vorangegangene Sachprüfung.	80 81
1.3.4.3	Formulierung der Entscheidung.	80 82

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Rdn.
1.3.4.4	Rechtsbehelfe	82	83
1.3.5	Verfahren bis zum Termin zur mündlichen Verhandlung.	83	84–131
1.3.5.1	Wahl der Verfahrensart.	83	84–107
1.3.5.1.1	Vorteile des schriftlichen Verfahrens.	84	85– 90
1.3.5.1.1.1	Kosten für zahlungsbereiten Beklagten.	84	86– 89
1.3.5.1.1.1.1	Zahlung und Kostenübernahme.	84	86
1.3.5.1.1.1.2	Versäumnisurteil	84	87
1.3.5.1.1.1.3	Anerkenntnisurteil	85	88
1.3.5.1.1.1.4	Vergleich.	85	89
1.3.5.1.1.2	Kosten für die Rücknahme einer unschlüssigen Klage.	85	90
1.3.5.1.2	Vorteile des frühen ersten Termins	86	91
1.3.5.1.3	Vorteile der Mediation	87	92
1.3.5.1.4	Kombination verschiedener Verfahrensarten	88	93
1.3.5.1.5	Klagezustellung	88	94–100
1.3.5.1.5.1	Klageerwiderungsfrist und Fristverlängerung	89	95
1.3.5.1.5.2	Zustellungsadressat	91	96
1.3.5.1.5.3	Öffentliche Zustellung	91	97– 98
1.3.5.1.5.4	Auslandszustellung	93	99
1.3.5.1.5.5	Verpflichtung zur Rückgabe des Empfangs- bekenntnisses	93	100
1.3.5.1.5.6	Schlussfrist für terminsvorbereitende Äußerungen	94	101
1.3.5.1.5.7	Terminplanung und Terminsverlegung.	95	102–103
1.3.5.1.5.8	Hinweise zum Klagevorbringen	97	104–107
1.3.5.1.5.8.1	Schlüssigkeitsprüfung	97	105–106
1.3.5.1.5.8.2	Verwenden von Textbausteinen.	99	107
1.3.5.2	Eingang der Klageerwiderung	100	108–131
1.3.5.2.1	Erstellen der Sitzungsunterlagen	101	109
1.3.5.2.2	Inhaltliche Prüfung des Parteivorbringens	102	110–115
1.3.5.2.2.1	Substanziierungspflichten.	102	111–113
1.3.5.2.2.1.1	Anforderungen an das Beklagtenvorbringen	103	112
1.3.5.2.2.1.2	Anforderungen an das Klagevorbringen.	104	113
1.3.5.2.2.2	Modifizierung des Parteivorbringens	105	114
1.3.5.2.2.3	Unbehelfliche Beweisangebote.	106	115–116
1.3.5.2.3	Erteilung von Hinweisen	108	117
1.3.5.2.4	Beweisanordnungen	110	118–131
1.3.5.2.4.1	Beschluss oder Verfügung	110	119
1.3.5.2.4.2	Inhalt der Beweisanordnung	111	120–129
1.3.5.2.4.2.1	Auflagen und Fristen.	113	123–128
1.3.5.2.4.2.2	Beibringungsfrist	118	129
1.3.5.2.4.3	Rechtsmittel gegen Beweisanordnungen.	119	131

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rdn.
1.3.6	Termin zur mündlichen Verhandlung und Beweisaufnahme	121 132–203
1.3.6.1	Terminsvorbereitung	121 134–140
1.3.6.2	Sitzungsunterlagen	125 140–141
1.3.6.3	Durchführen des Termins	129 142–150
1.3.6.3.1	Aufrechterhalten der Ordnung	129 142
1.3.6.3.2	Sitzungspolizei	130 143
1.3.6.3.3	Ordnungsmittel gegen Zeugen und Sachverständige	130 144–145
1.3.6.3.4	Ordnungsmittel gegen Parteien	132 146–147
1.3.6.3.4.1	Nichterscheinen	132 146
1.3.6.3.4.2	Verzögerungsgebühr	133 147
1.3.6.3.5	Robenpflicht	133 148–149
1.3.6.3.6	Rechtsmittel	134 150
1.3.6.4	Verhalten in der Sitzung	135 151–154
1.3.6.5	Güte(Vergleichs-)verhandlung	138 155–164
1.3.6.5.1	Güte(Vergleichs-)gespräch	138 155
1.3.6.5.2	Schriftlicher Vergleich	140 156
1.3.6.5.3	Vergleichsformulierung	141 157–164
1.3.6.5.3.1	Ratenzahlungs- und Besserungsklauseln	144 160
1.3.6.5.3.2	Abgeltungsklauseln	144 161
1.3.6.5.3.3	Kosten	145 162
1.3.6.5.3.4	Widerruf	146 163
1.3.6.5.3.5	Vergleichsstreitwert	146 164
1.3.6.6	Streitige Verhandlung	147 165–167
1.3.6.6.1	Erteilung von Hinweisen	147 165
1.3.6.6.2	Inhalt des Rechtsgesprächs	147 166
1.3.6.6.3	Erklärungsfristen	149 167
1.3.6.7	Durchführung der Beweisaufnahme	151 168–197
1.3.6.7.1	Allgemeine Grundsätze	151 168–172
1.3.6.7.1.1	Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	151 168–170
1.3.6.7.1.2	Dokumentationspflichten	154 171–172
1.3.6.7.2	Einzelne Beweismittel	155 173–185
1.3.6.7.2.1	Augenschein	155 173–176
1.3.6.7.2.2	Zeugenaussage	158 177–185
1.3.6.7.2.2.1	Zeugnisverweigerung	158 178
1.3.6.7.2.2.2	Glaubwürdigkeit und Glaubhaftigkeit	159 179
1.3.6.7.2.2.3	Durchführung der Vernehmung	160 180–182
1.3.6.7.2.2.4	Entscheidung über die Beeidigung	162 183–185
1.3.6.7.2.3	Sachverständigengutachten	164 186–189
1.3.6.7.2.3.1	Auswahl des Sachverständigen	164 186–187
1.3.6.7.2.3.2	Erstattung des Gutachtens	165 188
1.3.6.7.2.3.3	Antrag auf Anhörung des Sachverständigen	166 189
1.3.6.7.2.4	Urkunden	167 190–195

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Rdn.
1.3.6.7.2.4.1	Anordnung der Urkundsvorlage	168	191
1.3.6.7.2.4.2	Prüfung der Urkunde auf äußere Mängel	168	192
1.3.6.7.2.4.3	Beweiskraft der Urkunde	169	193–194
1.3.6.7.2.4.4	Notwendigkeit des formellen Urkundsbeweises	171	195
1.3.6.7.2.5	Parteivernehmung	171	196–197
1.3.6.8	Schlusserörterung	172	198–203
1.3.6.8.1	Erörterung des Beweisergebnisses und des Sachstands	172	200–202
1.3.6.8.2	Einräumung von Schriftsatzfristen	174	200
1.3.6.9	Beendigung des Termins	175	201–203
1.3.7	Abschluss des Verfahrens	177	204
1.3.7.1	Aussetzung und Unterbrechung des Verfahrens	178	205–209
1.3.7.1.1	Statistische Erledigung und Kostenfolge	179	208
1.3.7.1.2	Rechtsmittel	180	209
1.3.7.2	Erledigung der Hauptsache	180	210
1.3.7.3	(Teil-)Urteil	181	211
1.3.7.3.1	Zu berücksichtigendes Vorbringen	186	216
1.3.7.3.2	Entscheidungsrahmen	187	217
1.3.7.3.3	Abfassung des Urteils	187	218–246
1.3.7.3.3.1	Urteilsüberschrift	187	218
1.3.7.3.3.2	Rubrum	188	219–221
1.3.7.3.3.3	Einleitungssatz	191	222
1.3.7.3.3.4	Tenor	191	223–236
1.3.7.3.3.4.1	Hauptsache	191	224–226
1.3.7.3.3.4.2	Kosten	193	227–232
1.3.7.3.3.4.3	Vorläufige Vollstreckbarkeit	199	233–235
1.3.7.3.3.4.4	Streitwert	201	236
1.3.7.3.3.5	Urteilsgründe	201	237–246
1.3.7.3.3.5.1	Nicht streitige Entscheidungen	202	238–245
1.3.7.3.3.5.2	Streitiges Endurteil	208	246
1.3.7.3.4	Urteilsberichtigung und -ergänzung	222	265–272
1.3.7.3.4.1	Ergänzung des Urteils	222	266–268
1.3.7.3.4.2	Tatbestandsberichtigung	224	269–270
1.3.7.3.4.3	Verfahren	226	271
1.3.7.3.4.4	Rechtsmittel	227	272
1.4	Vollstreckungsverfahren	227	273–290
1.4.1	Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	227	274–276
1.4.1.1	Titelbezogene Vollstreckungsvoraussetzungen	227	274
1.4.1.2	Persönliche Vollstreckungsvoraussetzungen Schuldner	228	275–276
1.4.2	Vollstreckungsgrundlage	229	277
1.4.3	Einrede der Erfüllung	230	278

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Rdn.
1.4.4	Ersatzvornahme und Kostenvorschuss	231	279–281
1.4.5	Nicht vertretbare Handlungen	233	282–285
1.4.6	Duldungen und Unterlassungen	235	286–290
1.5	Eilverfahren	238	291–324
1.5.1	Zuständigkeit	238	291
1.5.2	Haftung	239	292
1.5.3	Unterscheidung zwischen einstweiliger Verfügung und Arrest	240	293
1.5.4	Antragseingang	240	294–295
1.5.5	Inhaltliche Prüfung	242	296–309
1.5.5.1	Anordnungsgrund	244	298–305
1.5.5.1.1	Arrestgrund	245	299–301
1.5.5.1.1.1	Dinglicher Arrest	245	299–300
1.5.5.1.1.2	Persönlicher Arrest	247	301
1.5.5.1.2	Einstweilige Verfügung	247	302–305
1.5.5.1.2.1	Sicherungsverfügung	247	303
1.5.5.1.2.2	Regelungsverfügung	248	304
1.5.5.1.2.3	Leistungsverfügung	249	305
1.5.5.2	Anordnungsanspruch	249	306
1.5.5.3	Glaubhaftmachung	249	307
1.5.6	Entscheidung	251	310–317
1.5.6.1	Erlass der Eilanordnung	251	310–311
1.5.6.2	Ablehnung der Eilanordnung	253	312–314
1.5.6.3	Anordnung der mündlichen Verhandlung	255	315–317
1.5.6.3.1	Terminsvorbereitung	255	315
1.5.6.3.2	Terminsverlauf	255	316
1.5.6.3.3	Entscheidung durch Urteil	256	317
1.5.7	Weiterer Verfahrensgang	257	318–322
1.5.7.1	Nach Erlass der Eilanordnung durch Beschluss	257	318–319
1.5.7.2	Nach Ablehnung der Eilanordnung durch Beschluss	258	320–321
1.5.7.3	Nach Urteilerlass	259	322
1.5.8	Umgang mit Schutzschriften	259	323–324
1.6	Beweissicherungsverfahren	261	325–348
1.6.1	Zuständigkeit	261	325
1.6.2	Prüfung der Antragsschrift	262	326–334
1.6.2.1	Benennung des Antraggegners	262	327
1.6.2.2	Bezeichnung der beweisheblichen Tatsachen	263	328
1.6.2.3	Benennung des Beweismittels	265	329
1.6.2.4	Glaubhaftmachung	265	330
1.6.2.5	Feststellungsinteresse	266	331–333
1.6.2.5.1	Allgemeine Beweissicherung	266	331–332

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Rdn.
1.6.2.5.2	Sachverständigengutachten nach § 485		
	Abs. 2 ZPO	267	333
1.6.2.6	Streitwert und Auslagenvorschuss	268	334
1.6.3	Zustellung der Antragschrift	268	335
1.6.4	Reaktion des Antragsgegners	269	336–338
1.6.4.1	Streitverkündung	269	337
1.6.4.2	Gegenantrag	270	338
1.6.5	Entscheidung	270	339–342
1.6.5.1	Beweisbeschluss	270	340
1.6.5.2	Ablehnung	271	341
1.6.5.3	Rechtsmittel	272	342
1.6.6	Durchführung der Beweisaufnahme	272	343–344
1.6.7	Kostenfragen	274	345–347
1.6.8	Verwertung des Beweisergebnisses	276	348
1.7	Ablehnungsverfahren	277	349–365
1.7.1	Richterablehnung	277	350–361
1.7.1.1	Selbstablehnung	277	350–353
1.7.1.2	Ablehnung durch Verfahrensbeteiligte	281	354–361
1.7.1.2.1	Antragsrecht	281	354–355
1.7.1.2.2	Form des Antrags	282	356–357
1.7.1.2.3	Dienstliche Erklärung	284	358–359
1.7.1.2.4	Entscheidung und Rechtsmittel	285	360–361
1.7.2	Ablehnung von Sachverständigen	287	362–365
1.7.2.1	Zeitpunkt der Ablehnung	287	362–363
1.7.2.2	Äußerung des Sachverständigen	288	364
1.7.2.3	Entscheidung und Vergütungsanspruch	288	365
1.8	Beschwerde und Erinnerung	289	336–389
1.8.1	Abhilfeverfahren	290	367–375
1.8.1.1	Entscheidungsgrundlage	290	367
1.8.1.2	Unzulässige Beschwerde	291	368–370
1.8.1.3	Zulässige Beschwerde	293	371–373
1.8.1.3.1	Nichtabhilfebeschluss	293	371–372
1.8.1.3.2	Abhilfebeschluss	295	373–374
1.8.1.4	Beschwerderücknahme	296	375
1.8.2	Erinnerung	296	376–389
1.8.2.1	Einlegen der Erinnerung	296	377–385
1.8.2.1.1	Frist	297	378–380
1.8.2.1.2	Statthaftigkeit der Erinnerung	298	381
1.8.2.1.3	Erforderliche Beschwerde	299	382–383
1.8.2.1.3.1	Vorliegen einer Beschwerde	299	382
1.8.2.1.3.2	Unterschreiten der Rechtsmittelbeschwer	299	383
1.8.2.1.4	Anschlusserrinerung	300	384
1.8.2.2	Rücknahme der Erinnerung	301	385
1.8.2.3	Begründung der Erinnerung	301	386

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Rdn.
1.8.2.4	Abhilfeverfahren	301	387
1.8.2.5	Entscheidungsgrundlage und -inhalt	301	388
1.8.2.6	Rechtsmittel	302	389
1.9	Gehörsrüge	303	390–407
1.9.1	Zulässigkeit	304	391–392
1.9.1.1	Subsidiarität	304	391–392
1.9.1.1.1	Berufungszulassung	304	391
1.9.1.1.2	Anschlussberufung	304	392
1.9.1.2	Rügeform und -frist	305	393
1.9.2	Begründetheit	306	394–400
1.9.2.1	Gerichtliche Versehen	307	395
1.9.2.2	Verfahrensfehler	307	396
1.9.2.3	Unterlassene Hinweise	308	397
1.9.2.4	Grenzen der Rügemöglichkeiten	308	398
1.9.2.5	Entscheidungserheblichkeit des Gehörs- verstoßes	309	399–400
1.9.3	Reaktion auf die Rügeschrift	310	401–407
1.9.3.1	Hinweispflichten	310	402–404
1.9.3.2	Verwerfungs- und Zurückweisungsbeschluss	312	405–406
1.9.3.3	Anordnung der Fortsetzung der mündlichen Verhandlung	315	407
1.10	Referatswechsel	316	408–415
1.10.1	Vermeiden von Verfahrensstillstand	316	409
1.10.2	Gewährleistung der Verfahrenstransparenz	317	410
1.10.3	Beweissicherung	318	411
1.10.4	Übernahme eines überlasteten Referats	319	412
1.10.5	Berücksichtigung der Belange der Mitarbeiter	320	413
1.10.6	Proberichter	321	414
1.10.7	Ansprechpartner	322	415
2.	Der Einzelrichter in der zweiten Instanz	323	416–616
2.1	Verfahrensgang bis zur Richtervorlage	323	416–417
2.2	Einzelrichterzuständigkeit	324	418–440
2.2.1	Berufung	324	419–422
2.2.1.1	Landgericht	325	420
2.2.1.2	Oberlandesgericht	325	421
2.2.1.3	Rückübertragung auf den Spruchkörper	325	422
2.2.2	ZPO-Beschwerden	326	423–426
2.2.2.1	Landgericht	326	424
2.2.2.2	Oberlandesgericht	326	425
2.2.2.3	Übertragung auf den Spruchkörper	326	426
2.2.3	Rechtswegbeschwerden in ZPO-Verfahren	327	427–429
2.2.3.1	Landgericht	327	428
2.2.3.2	Oberlandesgericht	327	429

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Rdn.
2.2.4	Beschwerden nach den Kostengesetzen in ZPO-Verfahren	327	430–431
2.2.4.1	Beschwerde gegen erstinstanzliche Entscheidungen	327	430
2.2.4.2	Weitere Beschwerde	328	431
2.2.5	FGG-Beschwerden	328	432–435
2.2.5.1	Landgericht	329	433
2.2.5.2	Oberlandesgericht	329	434
2.2.5.3	Rückübertragung auf den Spruchkörper	330	435
2.2.6	Rechtswegbeschwerden in FGG Verfahren	330	436
2.2.7	Beschwerden nach den Kostengesetzen in FGG-Sachen	331	437–439
2.2.7.1	Landgericht	331	438
2.2.7.2	Oberlandesgericht	331	439
2.2.8	Weitere Beschwerde nach dem FGG	331	440
2.3	Berufungsverfahren	331	441–497
2.3.1	Erste Schritte nach Übernahme des Verfahrens	331	441–450
2.3.1.1	Anfertigen der Sitzungsunterlagen	333	443
2.3.1.2	Sachleitende Verfügungen nach Verfahrens- übernahme	333	444–450
2.3.1.2.1	Berufungserwiderungsfrist	333	444
2.3.1.2.2	Schlussfrist	334	445
2.3.1.2.3	Terminsbestimmung	334	446–447
2.3.1.2.4	Hinweispflicht	336	448–450
2.3.2	Prozesskostenhilfe	338	451–453
2.3.2.1	Berufungskläger	338	452
2.3.2.2	Berufungsbeklagter	338	453
2.3.3	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung des Ersturteils	339	454
2.3.4	Eingang der Berufungserwiderung	339	455
2.3.5	Verhandlungs- und Beweisaufnahmetermin	340	456
2.3.6	Abschluss des Berufungsverfahrens	342	459–497
2.3.6.1	Berufungsurteil	343	460–492
2.3.6.1.1	Entscheidung in der Sache	343	461
2.3.6.1.2	Rückverweisung	343	462–465
2.3.6.1.3	Teilurteile	347	466
2.3.6.1.4	Urteilsüberschrift	348	467
2.3.6.1.5	Rubrum	348	468
2.3.6.1.6	Tenor	348	469–480
2.3.6.1.6.1	Hauptsache	348	470–471
2.3.6.1.6.2	Kosten	350	472–474
2.3.6.1.6.2.1	Grundsätze	350	472–473
2.3.6.1.6.2.2	Rechtsbehelfe	351	474
2.3.6.1.6.3	Vorläufige Vollstreckbarkeit	351	475–476

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rdn.
2.3.6.1.6.4	Revisionszulassung	352 477–479
2.3.6.1.6.5	Streitwert.	354 480
2.3.6.1.7	Urteilsgründe	355 481–488
2.3.6.1.7.1	Protokollurteile	355 482–485
2.3.6.1.7.2	Schriftliche Urteile.	359 486–488
2.3.6.1.7.2.1	Rechtskräftiges Urteil	359 486
2.3.6.1.7.2.2	Rechtsmittelfähiges Urteil.	359 487–488
2.3.6.1.8	Nicht streitige Urteile	363 489–491
2.3.6.1.8.1	Versäumnisurteile.	363 489–490
2.3.6.1.8.1.1	Gegen Berufungskläger	363 488–489
2.3.6.1.8.1.2	Gegen Berufungsbeklagten	363 490
2.3.6.1.8.2	Anerkenntnisurteil.	365 491
2.3.6.1.9	Urteilsberichtigung und Gehörsrüge	365 492
2.3.6.2	Andere Erledigungen.	366 493–494
2.3.6.2.1	Berufungsrücknahme.	366 493
2.3.6.2.2	Erledigung der Hauptsache.	366 494–497
2.4	ZPO-Beschwerdeverfahren.	369 498–531
2.4.1	Sofortige Beschwerde ZPO.	369 498–529
2.4.1.1	Prüfung der Zulässigkeit der Beschwerde	369 499–514
2.4.1.1.1	Zuständiges Gericht.	369 499–502
2.4.1.1.1.1	Oberlandesgericht	369 499
2.4.1.1.1.2	Landgericht.	370 500–502
2.4.1.1.1.2.1	Handelskammer	370 501
2.4.1.1.1.2.2	Zivilkammer	370 502
2.4.1.1.2	Zuständigkeitskonflikt zwischen LG und OLG.	370 503
2.4.1.1.3	Formalien	371 504–509
2.4.1.1.3.1	Schriftform	371 504
2.4.1.1.3.2	Anwaltszwang	371 505–506
2.4.1.1.3.2.1	Allgemeine Zivilsachen	371 505
2.4.1.1.3.2.2	Familiensachen	372 506
2.4.1.1.3.3	Postulationsfähigkeit	372 507
2.4.1.1.3.4	Beschwerdegegner	373 508
2.4.1.1.3.5	Beschwerdefrist	373 509
2.4.1.1.4	Statthaftigkeit und Beschwer	374 510–512
2.4.1.1.5	Anschlussbeschwerde	376 513
2.4.1.1.6	Beschwerderücknahme	377 514
2.4.1.2	Verfahren bis zum Beschluss	377 515–520
2.4.1.2.1	Beim Beschwerdegericht eingelegte Beschwerde.	377 516
2.4.1.2.2	Vorlage der Beschwerde ohne Begründung.	378 517
2.4.1.2.3	Verfahrensgang bis zur Entscheidung	378 518–519
2.4.1.2.4	Eilanträge	380 520
2.4.1.3	Beschluss.	380 521–529
2.4.1.3.1	Sachentscheidung oder Rückverweisung.	380 521

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Rdn.
2.4.1.3.2	Entscheidungserhebliches Sachvorbringen	381	522
2.4.1.3.3	Rubrum	382	523
2.4.1.3.4	Tenor	382	524–528
2.4.1.3.4.1	Hauptsache	382	524
2.4.1.3.4.2	Kosten	383	525
2.4.1.3.4.3	Vollstreckbarkeit	384	526
2.4.1.3.4.4	Zulassung der Rechtsbeschwerde	384	527
2.4.1.3.4.5	Streitwert	385	528
2.4.1.3.5	Gründe	385	529
2.4.2	Sofortige Beschwerde GVG	386	530
2.4.3	Beschwerden in ZPO-Kostensachen	386	531
2.5	Nebenverfahren in ZPO-Sachen	387	532–535
2.5.1	Ablehnung von Richtern und Sach- verständigen	387	532
2.5.2	Eilverfahren	387	533
2.5.3	Beweissicherung	387	534
2.5.4	Beschwerde, Erinnerung und Gehörsrüge	388	535
2.6	FGG-Beschwerden (Tatsacheninstanz).	389	536–614
2.6.1	Prüfung der Zulässigkeit der Beschwerde	391	537–553
2.6.1.1	Prüfung der Zuständigkeit	391	537–539
2.6.1.1.1	Örtliche Zuständigkeit	391	537
2.6.1.1.2	Rechtswegzuständigkeit	391	538
2.6.1.1.3	Funktionelle Zuständigkeit	391	539
2.6.1.2	Statthaftigkeit des Rechtsmittels	392	540–541
2.6.1.3	Verfahrensfähigkeit	394	542
2.6.1.4	Beschwerdebefugnis	396	544
2.6.1.5	Rechtsschutzbedürfnis	398	545
2.6.1.6	Beschwerdefrist	400	547–550
2.6.1.7	Formalien	403	551
2.6.1.8	Anschlussbeschwerde	403	552
2.6.1.9	Beschwerderücknahme	404	553
2.6.2	Verfahren bis zur Entscheidung über die Beschwerde	404	554–590
2.6.2.1	Nicht durchgeführtes Abhilfeverfahren	404	554
2.6.2.2	Verfahrenskostenhilfe	405	555–557
2.6.2.3	Aussetzung der Vollziehung	407	558–560
2.6.2.4	Bestimmung der Verfahrensbeteiligten	409	561–565
2.6.2.4.1	Akteneinsichtsrecht Dritter in persönlichen Angelegenheiten des Betroffenen.	410	564
2.6.2.4.2	Stellung der Beteiligten im weiteren Verfahren . . .	412	565
2.6.2.5	Bestellung eines Verfahrenspflegers.	412	566–567
2.6.2.6	Notwendigkeit eines Termins	414	568–570
2.6.2.7	Erteilung von Hinweisen	418	571
2.6.2.8	Beweisanordnungen	418	572

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rdn.
2.6.2.9	Terminsbestimmung	420 573
2.6.2.10	Terminsvorbereitung	422 574
2.6.2.11	Durchführen des Termins	424 575–590
2.6.2.11.1	Nicht öffentliche oder öffentliche Verhandlung . . .	424 575–576
2.6.2.11.2	Sitzungsniederschrift	425 577
2.6.2.11.3	Durchführung der Beweisaufnahme	426 578–587
2.6.2.11.3.1	Allgemeine Grundsätze	426 578
2.6.2.11.3.2	Einzelne Beweismittel	428 579–587
2.6.2.11.3.2.1	Augenschein	428 579
2.6.2.11.3.2.2	Zeugen	428 580
2.6.2.11.3.2.3	Sachverständigengutachten	429 581
2.6.2.11.3.2.4	Urkunden	430 582
2.6.2.11.3.2.5	Anhörung der Beteiligten	431 583–587
2.6.2.11.4	Schlussgespräch	435 588
2.6.2.11.5	Gewährung einer Äußerungsmöglichkeit	435 589
2.6.2.11.6	Beendigung des Termins	436 590
2.6.3	Abschluss des Verfahrens	436 591–614
2.6.3.1	Aussetzung und Unterbrechung des Verfahrens . .	436 591
2.6.3.2	Erledigung der Hauptsache	436 592–593
2.6.3.3	Instanzenbeendender Beschluss	438 594–614
2.6.3.3.1	Zu berücksichtigendes Vorbringen	438 594
2.6.3.3.2	Entscheidungsrahmen	439 595
2.6.3.3.3	Abfassung des Beschlusses	439 596–613
2.6.3.3.3.1	Rubrum	439 597
2.6.3.3.3.2	Tenor	440 597–609
2.6.3.3.3.2.1	Hauptsache	440 598
2.6.3.3.3.2.2	Kosten	442 599–604
2.6.3.3.3.2.3	Anordnung des Sofortvollzugs	445 605–607
2.6.3.3.3.2.4	Rechtsmittelzulassung	446 608
2.6.3.3.3.2.5	Festsetzung des Geschäftswerts	447 609
2.6.3.3.3.3	Gründe	448 610
2.6.3.3.3.4	Rechtsmittelbelehrung	449 611–613
2.6.3.4	Beschlussberichtigung und -ergänzung	450 614
2.7	Nebenverfahren in FGG-Sachen	450 615–616
2.7.1	Ablehnung von Richtern und Sachverständigen . .	450 615
2.7.2	Gehörsrüge	451 616

Anhänge

Anhang 1: Gerichtsgebräuchliche Abkürzungen	455
Anhang 2: Muster Sitzungsunterlage 1. Instanz	458
Literaturverzeichnis	463
Stichwortverzeichnis	465